

Urwähler-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Geht täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Preis pro Woche 1 Sgr. 3 Pf. Inlande pro Viertel 3 Sgr. 6 Pf. Auslande pro Viertel 4 Sgr. 6 Pf. Diejenigen, welche die Urwähler-Zeitung lesen, erhalten während der Zeit, während welcher die Urwähler-Zeitung erscheint, die Urwähler-Zeitung. Außerdem können sie sich an die täglich begebenen Verkäufer, im Inlande an die bekannten Expeditionen der Urwähler-Zeitung, im Auslande an die bekannten Expeditionen der Urwähler-Zeitung, wenden.

M. 282.

Berlin, Donnerstag, den 4. Dezember

1851.

Der Staatsstreich in Frankreich.

Der Staatsstreich in Frankreich nimmt die Aufmerksamkeit Aller in hohem Grade in Anspruch. Was man für jetzt von ihm zu hoffen, was man für jetzt von ihm zu fürchten hat, läßt sich schwerlich übersehen. Aber eine Uebersetzung können wir ausprechen und eine Lehre können wir heraus entnehmen, deren erste Verhängung eine christliche Zukunft verheißt!

Louis Napoleon hat die National-Versammlung militärisch aufgelöst, hat, wie neue Nachrichten mittheilen, sich auf das Volk berufen und das allgemeine Wahlrecht hergestellt.

Daß die Herstellung des allgemeinen Wahlrechts der vorläufige Ausgang der Krise in Frankreich sein wird, haben wir von Anfang an geglaubt und ausgesprochen. Daß Louis Napoleon trotzdem nicht für die Volkrechte kämpft, sondern für seine eigene Grifflenz, steht gleichfalls längst bei und fest. Daß die National-Versammlung, trotz der Ruhe- und Ordnungs-Partei, das allgemeine Wahlrecht selber hergestellt hätte, wenn dieser Ruhe- und Ordnungs-Partei nur Zeit gelassen worden wäre, ihre Umkehr nach und nach zu machen, das beweisen die letzten Abstimmungen, die über das Gemeinderathswahlrecht stattgefunden haben. Gleichwohl wußten wir, daß Frankreich zu einem Staatsstreich reif sei, und daß er über kurz oder lang erfolgen werde. — Als unsere letzte Uebersetzung aber steht folgendes bei uns unerschütterlich:

Kein Staatsstreich bleibt in der Gewalt dessen, der ihn anführt! denn durch Gewalt wird nie und nimmermehr ein stehendes Recht gegründet.

In Frankreich vollbrachte Louis Napoleon den Staatsstreich, er vollbringt ihn scheinbar im Interesse des Volksrechts, er sucht eine Stütze im allgemeinen Wahlrecht. Es steht aber bei und fest, daß der Sieg nun und nimmermehr in seinen Händen bleiben wird, und daß wir

in Frankreich nicht den Ausgang, sondern den Anfang einer Krise zu erwarten haben.

Wenn wir daher auch den Staatsstreich selber als eine politische Nothwendigkeit bezeichnen, die aus dem Zustand der Dinge hervorgehen mußte, so ist es eine historische Nothwendigkeit, daß über kurz oder lang Napoleon das Schicksal ereilen wird, das ihm Kossuth vorhergesagt hat: der Staatsstreich wird vereitelt, ein Mordanschlag und Verbannter, nach den Gefilden Englands eilen, und wird froh sein, dort in stiller Verborgenheit leben zu können, wo Kossuth mit Büdel aufgenommen wurde.

Wichtig aber als diese unsere Uebersetzung ist die Lehre, die wir den Vorgängen in Frankreich entnehmen.

Die berechtigten Gewalten in Frankreich, die National-Versammlung wie die Präsidenschaft sind aus dem Volk entsanden. Worin haben sie gewetteifert, als sie die Macht in Händen hatten? in dem Streben, dem Volk sein Recht zu entreißen! — Die Partei, welche der Volksache treu geblieben ist, die Linke, war in der Minorität. Ein Theil lebt in der Verbannung, ein Theil schwächet in Gefängnissen, ein Theil steht seiner Deportation entgegen, und der Rest, der geblieben wurde von der Exekutivgewalt verhöhnt und von der Ruhe- und Ordnungs-Majorität überstimmt.

Hat sich dieser kleine Rest vor der Gewalt gebeugt? Nein! Er stand unerschütterlich fest und hat, als es sich um die Verlängerung der Präsidenschaft handelte, die Revision der Verfassung verweigert. — Was haben damals die Ruhe- und Ordnungs-Organen gesagt? Sie haben einen Staatsstreich gefordert! Sie haben die Verhaftung des Berges gewollt, und haben unabweisend fund gegeben, daß die Majorität der National-Versammlung in den Antrag zur Verhaftung des Berges, sobald er von der Regierung eingebracht würde, willigen werde. Die Schranken der constituirten Majorität haben zu diesem Staatsstreich offen in den Beilagen angereizt

und von dem Segen einer solchen Staatskretterei mit der schmerzlichen Salbung gesprochen, die ihnen so gütig ist, wenn sie die Bajonnette zu ihrer Seite haben. — Gleichwohl unterließ dieser Staatsstreich! — Warum unterließ er? War Napoleon zu feige, um seine Macht durch einen Staatsstreich zu sichern? — Die Gegenwart lehrt uns, daß es ihm an Muth dazu nicht fehlen konnte. Wenn er jetzt den Staatsstreich gegen die Majorität ausführt, so kann es ihm nicht an Muth gefehlt haben, denselben damals mit der Majorität zu begeben. Allein er unterließ ihn, weil er wohl wußte, daß die Minorität der National-Versammlung die Majorität des Volkes für sich hat. —

Er war daher genöthigt, Kehrt zu machen. Er stützte sich von jetzt ab auf die Minorität und seit dieser Zeit war das Schwert zum Staatsstreich gegen die Majorität der National-Versammlung gerichtet.

Hat die Linke nun dem Gewaltthäter geschmeichelt? Ist sie jetzt, wo die Macht die Rechte des Volkes herstellen wollte, in deren Lager übergegangen? — Nein! auch hier blieb sie auf ihrem Posten der Volksrechte treu. Sie hat den Quästoren-Antrag verworfen und hat wohl daran gethan. Sie hat sich wohl gefehen, daß es gefährlicher ist, der falschen Ruhe- und Ordnungspartei die militärische Macht in Händen zu geben, als sie dem jetzigen Gewaltthäter zu lassen, der sich bei einem Staatsstreich nur auf das Volk wird stützen können. — Aber sie hat Napoleon's Plänen nicht um ein Haar nachgegeben, so weit sie selbständig und persönlich waren.

Was that jetzt die Ruhe- und Ordnungsmajorität? Sie fing an sich feige auszukühen, und begann einzusehen, daß eine Macht in der Partei liegt, die das Volk hinter sich hat. Als sie das Verantwortlichkeits-Gesetz gegen Napoleon durchbringen wollte, wählte sie die Führer der Linken in die Kommission, dieselben Führer der Linken, die sie gerne auf die Galerien, in die Verbannung, in die Kerker schicken wollte, um der Macht zu schmeicheln. — Jetzt erwachte sie sich für den Staatsstreich reif. Sie hat sich selbst geachtet! Als am 30. November, wo eine Nachwahl in Paris, die nach dem Ruhe- und Ordnungswahlgesetz stattfinden sollte, nicht zu Stande kam, weil Volk und Militär nicht anders als nach dem allgemeinen Wahlrecht wählen wollte, da folgte der Staatsstreich und fiel auf die Häupter der volkreicheren Ruhe- und Ordnungsmajorität.

So ergiebt es dem Volkverrath, und mit Recht! — Es wird das Volk keine Hand rühren zur Rettung dieser National-Versammlung und sie dem Untergang weihen, weil sie die Sache des Volkes verrathen hat durch Verletzung des allgemeinen Wahlrechts. Der Ruhe- und Ordnungsmajorität ist nur ihr Recht geblieben. Daher ist ihr Sturz eine befreiende Lehre für Jedem, der an das Recht des Volkes glaubt und gegen jeden Verräther, der die Rechte des Volkes der Gewalt überantwortet.

Ist aber diese Lehre und die von und ausgesprochene Überzeugung richtig, so folgt aus der Verbindung beider, daß in Frankreich die Volksrechte siegen, der Staatsstreich selber aber, der die Volksrechte zum Siege brachte, dennoch untergehen muß!

Wir hoffen, daß der Erfolg dies bewahrheiten wird!

Berlin, den 3. Dezember.

— Zur Ergänzung der bereits im „Staats-Anz.“ mitgetheilten Details und Paris schreibt die „Presse, Lit.“ heute noch folgende. Gehört um 3 Uhr Nachmittags ausgegebene Depesche mit: Diese Nacht hat die Generale Gougenot, Barreire und andere wichtige Depuirtete verhaftet worden. Diesen Morgen ist der Palast der National-Versammlung von Truppen umstellt worden, welche seinen Abzug zu verhindern suchten. Ganz Paris mit Militär besetzt.

Abends 8 Uhr ging noch folgende telegraphische Depesche ein: Paris, 2. Dezember, Nachmittags 4½ Uhr. Nach den so eben erlassenen Proklamationen erläßt der Präsident die National-Versammlung für aufgelöst, das allgemeine Stimmrecht wieder hergestellt. Das Volk ist zum 14. bis 21. Dezember in eine Wahl-Versammlung berufen. Der Staatsstreich aufgelöst. Die erste Division in Belagerungszustand. Herr v. Morny Minister des Innern. Fould und Rouher treten wieder in das Kabinett ein. Der Präsident hat eben verschiedene Stadttheile durchzogen und ist von den Truppen auf empfangen worden.

Eine Abends 10½ Uhr in Paris ausgegebene Depesche des hiesigen telegr. G. B. lautet: Die (Privat-) Versammlungen von Volkervertretern sind überall aufgesperrt. Paris überall ruhig. Nach einer über Baden eingegangenen Depesche hätte sich Louis Napoleon auf 10 Jahre als Präsident und verantwortlich proklamirt. Die Republik solle beibehalten werden. Auch Thiers wäre verhaftet.

Eine heute noch nachträglich am Präsident eingegangene Depesche meldet: Die Proklamation enthält außer dem bereits Mitgetheilten noch: Der Präsident übernimmt die verantwortliche Gewalt auf 10 Jahre. Das Ministerium ist dem Präsidenten verantwortlich. Es werden zwei Kammern gebildet, eine durch die Wahl des Volkes, eine aus Kapazitäten zusammengesetzt.

An der Pariser Börse fiel am 2. die 3proz. Rente um 1/8, die 5proz. um 2/4 Franken; die Course der meisten Papiere waren heute an der hiesigen Börse 4 bis 5 Proz. niedriger.

Die „Genf. Lit.“ schreibt: „Wie erfahren Sie denn, daß die Deute erhält ist, das achte Armeekorps mobil zu machen.“

— Die „N. Fr. Z.“ ist mit L. Napoleon höchlich unzufrieden, sie sagt: „Der 2. December, der Anknüpfung seines großen Oheims und der Tag der Schlacht von Austerlitz: dieses Jahrestag war ein Tag ruhmreicher Erinnerung für den Sieger bei den Pyramiden, von Arcels und Marengo, für den, der das wirkliche Haupt einer von ihm gekrönten kaiserlichen Armee, von fast allen durch die Revolution ermordeten und durch Ströme von Blut hindurch gegangenen Pariser Franzosen gerufen und begrüßt wurde, für den, der Wonne anzuwar, den Ruhm Frankreichs bis in die Gefelder Anglons zu tragen. Aber der Reize! er hält, nach dem, was mit ihm geschehen, vielleicht besser gethan, den Tag von Straßburg und Wölnegne, oder noch bedeutungsvoller den Tag von Orléans zu wählen: bloße Nachahmungen machen keinen Kaiser, und Talma hat dem Namen von Austerlitz wohl den Rang, nicht aber den Siegesmarsch geleistet. „Das Recht kommt vom Volke,“ das war die letzte Volkschreie des Präsidenten, doch von wem kommt das Recht, das er jetzt an sich greifen, und wie schnell ist die Ironie der Geschichte!“

— Die Verhörungen der Sachmänner über das Pressgesetz sollen beim Bundeslage in der nächsten Woche beginnen.

— Belgien-Bericht vom 3. Dezember. Auf dem Sophien-Kirchhof, und zwar auf einem Hügel, fanden 2 Anaben eine mit Zinndäfen zugebundene Cigarrenkiste, in derselben lag eine unausgetragene Leibesfrucht männlichen Geschlechts.

— Vorgehen wurde der Correspondent der Daily News, von Oxford ein Engländer, welcher bereits früher in gleicher Eigenschaft aus Wien polizeilich ausgewiesen worden war, auch

hier durch die Polizei ausgewiesen. Die G. S. fügt hinzu: Die Polizeibeamten, welche denselben bei einer Partie Excursio trafen, begleiteten ihn gleich bis zur Kisenbahn.

— In der letzten Welterkennungs-Sitzung zu Potsdam kam u. A. auch die in Berlin bestehende Biersteuer zur Verhandlung, und wurde diese Angelegenheit dem Magistrat zur weiteren Verfolgung überwiesen, damit dieser Schritte thue, um die Potsdamer Brauer vor den hohen Preisen zu bewahren. Es werden dort jährlich 20,000 Tonnen Bier erzeugt, wovon 18,000 nach Berlin gehen.

— Zu der am 15. April l. Z. in dem Werk zu eröffnen den Kunst- und Industrie-Ausstellung haben auch hiesige renommierte Künstler und Gewerbetreibende Auforderungen erhalten, solche zu besenden. Der Erbauer des londoner Crystal-Palastes, Joseph Paxton, wird auch den Grundriss zum Aufstellungsgebäude in dem Werk anfertigen. Dasselbe soll elf Wochen groß werden. Bis zum 1. Februar l. Z. müssen die Anmeldungen zur Ausstellung erfolgt sein.

— Im April d. Z. hatte der Minister des Innern eine Beaufsichtigung der nach London zur Gewerbe-Ausstellung Reisenden angeordnet. Durch einen neuen Versuch im Oktober an sämtliche Regierungen (Polizei-) Präsidenten hebt er jene Anordnung auf und verfügt, daß von da ab auch die wöchentlichen Berichte wegfallen sollen, da die Ausstellung bereits ihr Ende erreicht habe. Dagegen macht er die Polizei darauf aufmerksam, daß sie auf den Berichte von dort nach London, in Betreff der dort sich aufhaltenden politischen Flüchtlinge und deren Umtriebe ein wachsames Auge haben, ihre Aufmerksamkeit darauf im vorzüglichen Maße richten und von jedem besonderen Vorfalle in dieser Beziehung sofort Anzeige machen solle. Desgleichen verlangt er, in Folge von Ermittelungen, daß die Polizeibehörden die Gesammtheit der revolutionären Flüchtlinge verändern sollen; da diese demnach nicht, sich zu London zuweisen, Geld zu verschaffen. Endlich bemerkt er, daß die Anordnungen in Betreff der aus England zurückkehrenden deutschen Arbeiter durch Darges nicht abgeändert werden seien.

— Der königliche Lehrer-Verein hat folgende Auftragschriften von Hermann Schmidt der Schul-Deputation als Schulprämien empfohlen: „Jugendbibliothek“, Bd. 1—4. (bei K. W. Krüger). „Die glückliche Insel“ (bei Simon). „Nero oder die junge Wilekin am Hofe des Kaisers“ (bei Simon und Springer). „Die schönen Mädchen, Legenden und Sagen des deutschen Volkes“ (bei Krüger). „Dankeschag der schönen Balladen, Romane und poetischen Erzählungen des deutschen Volkes“ (bei Krüger).

Wörth, 1. Decr. Heute ist hier der Dr. med. Klesfeld, bei dem vorher schon eine Hausfuchung stattgefunden, verhaftet worden. Die Veranlassung dazu soll sein, daß derselbe mit dem in Frankfurt a. M. verhafteten Wundhändler Wagner, der ein Schulfreund von Klesfeld ist, Briefe gewechselt hat.

Greifswald. Ueber das gegen Hasspensionen ergangene Erkenntnis ersieht man i. d. Nörsen. Er ist wegen Fälschung verurtheilt, und zwar auf Grund des Artikels 252 des neuen Strafgesetzes, welcher bestimmt: Wer in der Absicht, sich oder Anderen Gewinn zu verschaffen oder Anderen Schaden zu zufügen, demselben, durch Verbindungen, Erklärungen oder Thathandeln, welche für Verleumdung oder Beschuldigungen der Ehrelichkeit sind, in öffentlichen Umständen, Büchern oder Registern als abgegebene oder gefälschte bezeichnet werden, während sie gar nicht, oder von anderen Personen abgegeben oder geschrieben sind, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und zugleich mit Geldbusse von 100 bis zu 2000 Mthlen. bestraft. Danach hätte der Premierminister Hasspension zur Zuchthausstrafe verurtheilt werden müssen, wenn nicht die Verurtheilten die gemeinen Rechts mildere Strafbestimmungen erhalten hätten und danach nur eine änochenliche Gefängnisstrafe ausgesprochen gewesen wäre.

Magdeburg, 2. Decr. Der hier vor einiger Zeit fast

gehabte Kongress der Barbier wird weiter verfolgt werden. Es ist eine Aufforderung an sämtliche Barbier der Monarchie ergangen, einen oder mehrere Deputierte zu einem hier später abzuhaltenden Kongress zu senden.

Bremen, 2. Decr. „N. Br. Z.“ hat das Bremer Criminalgericht gegen Dahn wegen desfallsigen Vergehens — „des durch gewaltsamen Krampf der Tageskonst. contraindicierten Aufstiegs zum gewaltsamen Umsturz der bestehenden deutschen Staatsverfassung“ — die Untersuchung eingeleitet, wegen dessen das hannoversche Amt Heyn ihn in Haft genommen und zur Untersuchung gezogen hat. Da aber das Bremer Criminalgericht seine Untersuchung früher eingeleitet, so habe dasselbe einen Vorzug aus möglichster Eile die Untersuchung zu Ende führen und den Fall zur Aburtheilung bringen.

Hannover, 2. Decr. Heute wurden die Kammer eröffnet. Es wurde demselben der Tod des vorigen Königs angezeigt, sodann werden einige Schreiben der Regierung angezeigt, betreffend die Bestellung von Regierungscommissarien, die Organisation der Gerichtsverfassung und der Verwaltung, Nachweisung geleisteter Zahlungen wegen Argumentation und die Bezahlung des Steuer- und Zollverfalls. Die Regierung zeigte an, daß Oberburg der Beirath zum Septembervertrag bereits amtlich angefangen habe.

Kärnten, 29. Novbr. Der Widerspruch der aufgelösten freien christlichen Gemeinden wegen des Religionszwanges der Kinder jener Gemeindeglieder beginnt sich allmählich zu entwickeln. Sowohl von Kärnten als auch von Schwaben (wo Kaufmann Sauter, ein Millionär, der Gemeinde angehört und auf seine Kosten ein Gotteshaus erbauen ließ) sind Beschwerdeschriften an die Kammer gerichtet worden. Im letztem Orte haben diejenigen Mitglieder, welche Kinder besitzen, die Erklärung abgegeben, „die Kinder seien Eigentum der Eltern, diese hätten sie zu erziehen und hielten sie für verbunden, derselben nicht in Religionszwang zu erziehen zu lassen, an welche sie selbst nicht weiter glauben.“ — In Bezug auf einen Pöbel, den die Mitglieder ihrem gewesenen Verstande zum Beispiel machen wollten, hat das hiesige Stadtmagistrat eine Untersuchung eingeleitet und sogar bei dem Senatoren eine Hausfuchung vorgenommen.

Karlsruhe, 29. November. Die Bäte werden hier für's Erste noch stehen bleiben. Ein mit Beirathung der Stollisen in diesem Betreff abgeleiteter Antrag soll im Ministerium des Kriegs oder nach Andern von Seiten dieser Behörde im Staatsministerium gestellt werden, aber nicht durchgegangen sein. Was der Sache hier einigen Clauen verschafft, ist der Umstand, daß neuerdings an einigen Orten des Landes zwangsweise Paraden durch Einzelne verhängt wurden, wie denn kürzlich noch der „Freiburger Zeitung“ in Aussicht das Tragen der sogenannten Osterbäder unterworfen wurde.

Frankfurt. Der unlängst hier verhaftete Dr. Werner Wagner soll Hoffman haben, auch ohne die wirksame Beweiskraft der französischen Staatspolizei demnach wieder in Freiheit gesetzt zu werden. Dagegen soll der gleichzeitig mit ihm zur Untersuchung gezogene Wundhändler Wagner an Preußen ausgeliefert werden.

Schweiz. Die conservative Mehrheit des großen Rathes in Bern hat die Dringlichkeitsklärung eines von den Radikalen gestellten Kassenantrages mit 104 gegen 80 Stimmen verworfen. — Am 26. Nov. ist der seit einem Jahr auf der preussischen Festung Ehrenbreitstein als politischer Gefangener sitzende holländische Hauptmann K. Dopper hier angekommen und hat seine Reise nach Strassburg fortgesetzt.

Paris. Die Eingekerkerten über den Staatsreich fehlen uns noch. Am 30. fand die Wahl für einen Abgeordneten in Paris, doch unter höchst geringer Beteiligung, statt, da die Republikaner, die Bonapartisten und die Kameu entweder nicht mithinamen oder unterschiedene Mittel in die Urne warfen. Wie viele Stimmen die Candidaten der sogenannten „Ordnungs-

